



Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementspreis 2,- M. für 1 Exemplar. Für Privatabonnenten werden Bestellungen nur durch die Post entgegen genommen. Insertionsgebühr für die Pettizeile 20 Pfennig. Rabatt wird nicht gewährt. Arbeitsmarkt für Arbeitgeber und Arbeitnehmer unentgeltlich. Vorausbezahlung für Abonnement und Inserate ist Bedingung. Geldsendungen sind nur an den Verbandskassierer W. Herden zu richten. Redaktion: Friß Zietz, Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

Nr. 41

Charlottenburg, den 7. Oktober 1904

31. Jahrg.

Kollegen und Kolleginnen! Wer den Frieden will, rüste für den Krieg! Denkt an den Streikfonds; entnehmt von den Zahlstellenkassierern Streikmarken!

Sperren in Deutschland.

Die **Vollsperr**e besteht über Blechhammer (Bernhard Löhner), Köppelsdorf (Hering u. Weithase), Schlierbach, Tettau (Sonntagu. Söhne), Lillowitz (Gräfl. Frankenbergische Fabrik).

Halbsperr:

Alexandrinenthal (Firma Recknagel), Bonn (Mehlem), Düsseldorf (Wortmann u. Elbers, Emailierwerk), Frankfurt a. D. (Paetsch), Freienorla, Garitz, Gersweiler, Gräfenroda (Heene, Heißner, Eckert u. Menz), Ramenz i. S. (Bogt), Königszelt, Kranichfeld, Ilmenau (Abicht), Langewiesen, Neustadt bei Coburg, Deslau, Passau, Roschütz, Rudolstadt (Schäfer u. Vater), Schaala, Scheibe, Schweidnitz, Sörnewitz, Stadtlengsfeld, Stanowitz, Suhle, Triptis, Ueckendorf.

Sperren in Oesterreich.

Steingutfabrik Wessely u. Co. in Gutendorf (Süd-Steiermark). — Kunsttonwaren-Fabrik von Rudolf Ditmar. Steingutfabrik Franz Steidl in Znaim. — Brünn für Maler gesperrt: Firma Gottlieb u. Brauchbar. Porzellanfabrik Mertelsgrün. Porzellanfabrik Nestler u. Co. in Briesen bei Bilin.

Die Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden.

Zu diesem Thema, das schon kürzlich in einem Artikel der Ameise behandelt wurde, geht uns nun von dem Central-Arbeitersekretariat in Berlin noch nachstehende Abhandlung mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu. Bei der ungemein großen Bedeutung, welche gerade diese Wahlen für die Arbeiter haben, geben wir dem Ansuche gern statt:

In nächster Zeit vollzieht sich ganz unmerklich, fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit eine höchst wichtige Wahl im Rahmen

unserer Versicherungsgesetze. Am Schluß des Jahres ist die 5 jährige Wahlperiode der Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden abgelaufen und erfolgen nunmehr die Neuwahlen.

Die Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden werden zu gleichen Teilen aus dem Kreise der Arbeiter und Unternehmer gewählt. Die Funktionen dieser Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden sind für die Arbeiter von nicht unerheblicher Bedeutung. Die untere Verwaltungsbehörde bildet in dem Verfahren zur Erlangung einer Invaliden- oder Altersrente die erste vorbereitende Instanz, sie hat die Anträge auf Bewilligung einer Invaliden- oder Altersrente entgegenzunehmen, Anträge auf Rentenbewilligung oder Entziehung der Invalidenrente zu begutachten und zu prüfen. In allen diesen Fällen sind die Beisitzer zur unteren Verwaltungsbehörde heranzuziehen, üben also einen Einfluß auf die Begutachtung solcher Rentenansprüche aus. Es bedarf keines Hinweises, wie wichtig gerade diese Funktion bei der Rentenfestsetzung für die versicherten Arbeiter ist.

Die Bedeutung der Wahlen tritt aber noch mehr in den Vordergrund, wenn wir berücksichtigen, daß die Beisitzer bei den unteren Verwaltungsbehörden den Wahlkörper für die Vertreter zum Ausschuß der Landesversicherungsanstalt bilden. Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt wählt sodann die Vertreter zum Vorstand der Landesversicherungsanstalt, die Beisitzer zu den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, sowie die Arbeitervertreter, die von den Berufsgenossenschaften bei Erlass der Unfallverhütungsvorschriften hinzugezogen werden; und endlich wählen die Beisitzer der Schiedsgerichte die nichtständigen Mitglieder zu den Landesversicherungsamtern und dem Reichsversicherungsamte.

Diese Wahlen vollziehen sich so, daß in allen diesen Körperschaften die Vertreter der Unternehmer auf der einen Seite, die Ver-

treter der Arbeiter auf der anderen Seite einen geschlossenen Wahlkörper bilden, der je für sich seine eigene Vertretung bestimmt.

Es erhellt aus dem Dargelegten, daß die Arbeitervertretung einen Einfluß auf die Rentenfestsetzung, die Rentenaufhebung, die Rechtsprechung und auch auf die Regelung zahlreicher wichtiger innerer Verwaltungsangelegenheiten der Versicherungsanstalten ausüben vermag.

Es kommen bei diesen Wahlen 1406 untere Verwaltungsbezirke in Betracht, die nach dem Gesetz in der Regel je 4 Beisitzer aus den Kreisen der Unternehmer und der Arbeiter erhalten sollen, darüber hinaus hat die Versicherungsanstalt die Zahl der Beisitzer zu bestimmen. Nach der letzten Bekanntmachung waren bei den unteren Verwaltungsbehörden 12 380 Beisitzer, mit 6190 Arbeiterbeisitzern zu den unteren Verwaltungsbehörden berufen.

Die Wahl der Beisitzer vollzieht sich nun in einem sehr komplizierten und sonderbaren Verfahren. Das Wahlrecht üben die Vorstände der Krankenkassen aus, und zwar ist hierbei folgendes zu beachten:

Die Beisitzer zu den unteren Verwaltungsbehörden werden von den Vorständen der im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde vorhandenen Orts-, Betriebs-, Fabrik-, Bau- und Innungs-, Krankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und andern zur Wahrung der Interessen der Seeleute bestimmten obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen der Seeleute, sowie von Vorständen der freien Hilfskassen gewählt, welche die Rechte aus § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes besitzen (es scheiden also sogenannte Zuschußkassen aus). Das Recht haben aber auch nur die freien Hilfskassen, die ihren Ausbreitungsbezirk nicht über den der unteren Verwaltungsbehörde ausdehnen. Es sind also mithin nur die Vorstände der lokalen, freien Hilfskassen, nicht die zentralisierten Hilfskassen wahlberechtigt.

Sodann erhalten die Vertreter der Kommunalverbände sowie die Vertretungen der Gemeindefrankenversicherung ein Wahlrecht, das sich bestimmt nach der Zahl der Arbeiter, die keiner Krankenkasse angehören, aber versicherungspflichtig nach dem Invalidenversicherungsgesetz sind.

Das Stimmenverhältnis bei der Wahl wird entsprechend der Mitgliederzahl der Krankenkasse, für die der Vorstand wählt, berechnet.

Die Leitung der Wahl liegt der unteren Verwaltungsbehörde ob, in der Regel in den Landgemeinden dem Landrat, in größeren Städten, die einen eigenen Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde bilden, der Gemeindebehörde. Nachdem die Verwaltungsbehörde an die Krankenkassenvorstände die nötige Anordnung erlassen hat (Aufforderung zur Wahl, Beigabe der Stimmzettel), hat der Vorsitzende der Krankenkasse den Vorstand zusammen zu berufen und im gesonderten Wahlgang für die Unternehmer und die Arbeiter die Wahlen vorzunehmen. Gewählt gilt vom Vorstand der Krankenkasse derjenige Kandidat, der die meisten Stimmen auf sich vereinigt, bei Stimmgleichheit entscheidet das Los.

Um nun unnötige Zersplitterungen bei der Wahl zu vermeiden, wird es notwendig sein, daß sich die Gewerkschaften oder Gewerkschaftskartelle im Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde mit den Vorständen der Krankenkassen über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten verständigen.

Das Zentralarbeitssekretariat hat bereits vor Monaten die Anregung zu den Vorbereitungen für diese Wahl durch Zirkular an die Gewerkschaftskartelle gegeben und es darf wohl die Hoffnung ausgesprochen werden, daß nunmehr die Vorbereitungen beendet, die Aufstellung der Kandidaten vollzogen ist.

Bemerkten wollen wir, daß es auch nicht aussichtslos erscheint, in einigen Bezirken für die Wahl der Unternehmervertreter Vorbereitungen zu treffen, da in einer Anzahl von Krankenkassenvorständen sozialpolitisch wohlwollende Unternehmer vertreten sind.

Was die Wählbarkeit der Vertreter anbetrifft, so bestimmt darüber das Gesetz, daß die Hälfte der Arbeitervertreter am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde oder nicht in einer Entfernung über 10 Kilometer wohnen dürfen. Es kommt also nicht die Arbeitsstätte des aufzustellenden Kandidaten in Betracht, sondern der Wohnort. Es kann dabei eintreten, daß jemand zu einer Versiche-

rungsanstalt Beiträge leistet, für die er in dem Bezirk der unteren Verwaltungsbehörde nicht gewählt werden kann, weil er nicht dort wohnt. Die Kandidaten dürfen nicht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt oder einem Schiedsgericht für Arbeiterversicherung angehören.

Wählbar sind nur deutsche, männliche über 21 Jahre alte Personen; nicht wählbar, welche zum Amt eines Schöffen unfähig sind, d. h. welche durch strafrechtliche Verurteilung die Befähigung zu diesem Amt verloren, oder gegen welche das Hauptverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens eröffnet ist, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, oder welche infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über ihr Vermögen beschränkt sind.

Was den Wahltermin anbetrifft, so ist dieser kein einheitlicher für das Reich. Die Wahlverordnungen für Preußen und für den Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalt Lübeck bestimmen, daß die Wahl vom 1. Oktober bis 15. November stattzufinden hat. In Baden finden die Wahlen im Monat Dezember statt; im Großherzogtum Hessen beginnen die Wahlen am 1. November dieses Jahres. Die übrigen Bundesstaaten haben keinen bestimmten Termin in ihrer Wahlverordnung festgesetzt, wahrscheinlich wird der Wahltermin hier durch die amtlichen Publikationsorgane noch bekannt gegeben; sicher ist, daß er im letzten Vierteljahre angelegt wird. Zu beachten ist, daß die Wahlen nicht an einem Tage stattfinden, sondern sich über einen Zeitraum von vier bis sechs Wochen ausdehnen.

Wir möchten nun nochmals an unsere Organisationen das dringende Ersuchen richten, da, wo die Vorbereitungen noch nicht erledigt sind, mit allem Eifer an die Erfüllung dieser so wichtigen Aufgabe heranzugehen. Unsere Arbeiterorganisationen haben die Verpflichtung, alles daran zu setzen, um eine Arbeitervertretung zu schaffen, die den invaliden und hilfsbedürftigen Arbeitern helfend zur Seite steht.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

152. Vorstandssitzung v. 19. September 1904.

Wollmann auf Reisen.
In der soeben in Betrieb gesetzten Fabrik in Teltow sind einige Entlassungen vorgekommen,

Schweig unter allgemeinem Jubel. Alles, Alt und Jung, Einheimisch und Fremd, nahm den aufrichtigsten, frohesten Anteil an diesem hohen Feste. Eine allgemeine Erleuchtung, wovon man wenig Beispiele ihres Gleichen in der Welt hat, folgte auf diesem Feste. Alles freute sich, Alles war Freude, alles war brüderliche Liebe vom Greise bis zum Säugling; nur eine Anzahl unruhiger Handwerksgefallen durch auswärtigen, fremden irrigen Wahn verblendet, suchten eine kurze Zeit hernach diese Liebe zu stören. Sie unterfingen sich, eine allgemeine Unruhe unter allen Handwerksgefallen anzufachen, es gelang ihnen bey verschiedenen Handwerksgefallen diesen Unfug beizutreten; nur bei den Gesellen der löbl. Huf- und Waffenschmiede gelang es den Meuterers nicht, Sie in ihr Netz zu ziehen, weil durch eine vernünftige Vorstellung der Herren Meister und Altgefallen dieser Unfug und Unsinn hintertrieben wurde.

Seine regierende Durchlaucht Unser gnädigster und allgemein geliebter Landesvater und Herr, Herr Carl Wilhelm Ferdinand regierender Herzog zu Braunschweig-Lüneburg

welche von den dort beschäftigten Mitgliedern als Maßregelungen angesehen werden. Es besteht die Auffassung, daß die Spitze der von der Firma getroffenen Maßnahmen sich gegen die Organisation richte und wird deswegen beantragt, die Arbeit niederlegen zu dürfen, wenn Befriedigende Erklärungen von Seiten der Firma nicht gegeben werden. Diesem Antrage wird stattgegeben und über die Firma die Sperre verhängt. Gleichzeitig wird beschlossen, an die Firma ein Schreiben zu richten. — Von Altwasser wird mitgeteilt, daß von Seiten der Firma gegen den Verband vorgegangen wird, in der Weise, daß von Neueintretenden verlangt wird, durch Unterschrift zu erklären, daß dieselben dem Verbande nicht angehören. Beschlossen wird, den Mitgliedern zu empfehlen, die Unterschrift ruhig zu leisten und unbeschadet dessen nach wie vor ihre Mitgliedschaft zu wahren. — Von Blankenhain wird berichtet, daß die Firma Tregbal u. Erberich in Konkurs geraten ist. — Der beantragte Gründung einer Zahlstelle in Cassel-Bettenhausen wird zugestimmt. — Im Anschluß an einen Bericht des Redakteurs über die stattgefundenen Versammlungen in Schröding und Selb wird beschlossen, an ersterem Orte die Gründung einer Zahlstelle zuzulassen. — Nachdem die Verwaltung der Zahlstelle Selb sich verpflichtet, in Zukunft unzulässige Ausgaben aus dem 8 pSt.-Fonds der Zahlstelle nicht wieder zu decken, wird beschlossen, die bisherigen Ausgaben anzuerkennen und dem Kassierer Abzüge an der Kaution nicht zu machen. — Dem Mitgliede 14 885 Selb wird nachträglich die Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-R. bewilligt. — Dem Mitgliede 21 857 Köppelsdorf wird die beantragte Unterstützung abgelehnt. — Eine Zuschrift, die Abhaltung einiger Agitations-Versammlungen im 12. Bezirk betreffend, wird zur Kenntnis genommen. — Ein Antrag der Zahlstelle Köppelsdorf, das frühere Mitglied 22 586 wieder in seine alten Rechte einzusetzen, wird verlagert. — Dem Mitgliede 10 567 Begesack wird die beantragte Differenz-Unterstützung abgelehnt. — In Unterstützungssache 19 770 Breslau wird Vertagung und Recherche beschlossen. — Einem entlassenen Mitgliede in Altwasser, dessen Aufnahme durch Verschulden des Unterkassierers ungebührlich verzögert wurde, wird die Mitgliedschaft zuerkannt und Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-R. bewilligt. Das Verhalten des Unterkassierers soll gerügt werden.

G. Wollmann,
Vorsitzender.

J. Schneider,
Schriftführer.

153. Vorstandssitzung v. 26. September 1904.

Wollmann auf Reisen, entschuldigt fehlt Ehrhans. Der Schriftführer berichtet, daß derselbe in Teltow mit der Betriebsleitung verhandelt habe, infolge dessen ein Einverständnis erzielt wurde auf der Grundlage, daß ein ständiger Arbeiter-Ausschuß von Seiten der Firma anerkannt wird, daß Mitglieder dieses Ausschusses wegen ihrer Tätigkeit als solche nicht gemahregelt werden und die Organisation anerkannt wird. Der Vorstand erklärt sich damit einverstanden und wird beschlossen, die Sperre über die Firma Conrad, Schomburg u. Co. wieder aufzuheben, nachdem die schwebenden Differenzen als erledigt betrachtet werden. Den Mitgliedern 15 127 und 24 759 wird Unterstützung nach § 1 Abs. 6 des U.-R. bewilligt. — Eine Zuschrift von Gotha wird

sahen das gute Betragen der Huf- und Wagenschmiede-Gesellen die sich durch vernünftiges Zureden Ihrer resp. Meister und Altgefallen von diesem Unfug willig ableiten ließen, mit gnädigsten Augen an, und wie Höchstdieselben alles Gute belohnen und schätzen, so haben Höchstdieselben denen H. Meister der löbl. Huf- und Waffenschmiedegilde Höchst Dero gnädigste Zufriedenheit, über Ihr Betragen gnädigst bezeugen lassen. Denen damals in Arbeit stehenden drey Altgefallen jeden 20 Thlr. und das hiesige freie Bürgerrecht höchst gnädigst bewilligt. Und in Betracht, das bey den, von andern Handwerksgefallen angezeigten Aufstandes, die hiesigen, in Arbeit gestandenen Huf- und Waffenschmiede Gesellen, auf Zureden Ihrer resp. Meister und Altgefallen, keinen Anteil daran genommen, und bey Ihrer Arbeit geblieben, einen silbernen Willkommen höchst geneigt gesendet, welcher ein ewiges Denkmal vernünftigen Betragens bleiben soll.

Die drey Altgefallen, welche damals in Arbeit standen, hießen Laborenz aus Pommern. Joh. Bernh. Debus aus Cassel. Christian Gottfried Schale aus Torgau. — Die andern

Feuilleton.

Aus einer alten Streik-Chronik.

Den ersten Streit in Braunschweig, so erzählte jüngst unser braunschweiger Parteiblatt, kann man eine Arbeiterbewegung nennen, die 1790 hier allgemeines Aufsehen erregte. Ihm stand von den Gewerben nur die Gilde der Huf- und Wagenschmiede fern. Es existiert hierüber noch heute in der Lade der Meister ein Dokument, das wie ein Heiligtum aufbewahrt wird. Es lautet buchstäblich:

„Denkmal.

Als des Herrn Carl Georg August Erbprinzen und Herzoge zu Braunschweig u. Lüneburg pp. Durchlaucht sich mit des Herrn Erbstadthalters und Fürsten von Nassau diez und Dranien Fürsten Wilhelm durchlt. ältesten Prinzessin Tochter Friederike Wilhelmine Luise Durchlt. sich in Haag vermählt hatten, so geschah der feierliche Einzug zur Freude aller gut denkenden Braunschweigischen Unterthanen am 10ten November 1790 in Braun-

zur Kenntnis genommen und soll der Vorstehende beauftragt werden, auf der Rückreise Gotha zu berühren. — Von Lauf wird berichtet, daß die Firma Krug auch Löhne, im besonderen an die Former, bezahle, für welche es eine anständige Bezeichnung nicht gibt. Die beigelegten Lohnzettel bestätigen die Mächtigkeit. In Anbetracht dessen, daß die Arbeiterschaft in Lauf fast durchaus unmorganisiert ist, ist dieser Zustand allerdings erklärlich; im übrigen erklärt sich der Vorstand mit den vom Bureau gegebenen Verhaltensmaßregeln für unsere Mitglieder in Lauf einverstanden. — Zuschriften von Alt- wasser und Creditly werden zur Kenntnis genommen. — Eine von Breslau beantragte Delegation eines Vorstandsvertreters wird abgelehnt; ebenfalls abgelehnt wird die beantragte Unterstützung für 19770. — Die vom 7. Agitationsbezirk beantragte Gewährung der Mittel für eine Agitationstour der Genossin Fiech werden bewilligt. — Der Zahlstelle Schönwald werden die Mittel zur Abhaltung einer Agitationsversammlung bewilligt. — Eine Anfrage der Zahlstelle Stadtilm, ob ein Mitglied, welches sich weigert dem Zahlstellenbeschuß, betreffend das Kleben von Streikmarken, nachzukommen, deswegen ausgeschlossen werden kann, wird in zustimmendem Sinne entschieden. — Vom Vorstand des neuen Genossenschafts-Unternehmens in Schlierbach ist auf erfolgte Rückfrage Antwort eingegangen, welche zur Kenntnis genommen wird; der Vorstand beschließt die bisher beobachtete Neutralität auch fernerhin bewahren zu wollen. — Eine Zuschrift der Zahlstelle Freureuth, die von anderer Seite gewünschte Mitbenutzung der Bibliothek betreffend, soll zustimmend beantwortet werden, unter der Voraussetzung, daß der Bibliothek ein Schaden daraus nicht erwächst. — Der Gründung von Zahlstellen in Hamburg und Teltow wird zugestimmt. — H. Koch, Ketschenbach, wird mit 3 jähriger Strafkarenzzeit in den Verband aufgenommen. — Mitglied 21841 Rathenow wünscht die restierenden Beiträge für 4 Quartale nachzuzahlen, um seine alten Rechte zu erhalten; dies wird abgelehnt. — Dem Mitgliede 8980 werden Fahrgebühren von Eisenberg nach Berlin bewilligt. — Dem Mitgliede 14560 Unterpörlitz wird Unterstützung vom 4. September ab nach § 9 des U.-R. abgelehnt.

G. Wollmann, Vorkämpfer.
J. Schneider, Schriftführer.

Aus unserem Berufe.

In Lauf bei Nürnberg — vor welchem Ort wir die Kollegen schon in unserer vorigen Nummer warnten — scheinen bei der Firma Friz Krug wenig rosigge Verhältnisse für die dort beschäftigten Kollegen zu bestehen. Es sind, auf Grund uns zugegangener Lohnzettel, dort Löhne an Former gezahlt worden, die wieder einmal in recht klassischer Weise zeigen, wie schlecht Porzelliner für ihre Arbeit entlohnt werden. Es werden bei jener Firma Figuren, Schreibzeuge, Basen zc. hergestellt. Der Lohnzettel des einen Kollegen weist für solche Arbeiten (115 Stücke) einen Wochenverdienst von 6,97 Mk. auf. Davon

Gesellen hießen: Johann Friedrich Ganz aus Braunschweig. Sigmund Pommer. Friedrich Appenroth aus Neustadt. Gottlob Pommer aus Rocklitz. Daniel Schnausing aus Eisleben. Friedrich August Lohse aus Peine. Johann Gottlieb Moese aus Zelle. Joh. Heint. Christoph Schneider aus Braunschweig. Heint. Conrad Carl Regener aus Braunschweig. Diedrich Gabriel Brieger aus Burgshude. Johann Heinrich Debus aus Kassel. Johann Caspar Heinemann aus Reichensachsen. Christian Ludew. Bringmann aus Bremen. Gottlieb Henze aus Bettloch. Christ. Ebeling aus Herrhausen. Aug. Heint. Christ. Baalhorn aus Braunschweig. Christian Ebeling aus Herrhausen. Friedrich Konrad Hohnschop aus Döbendorf. Christian Siedeler aus Wolfenbüttel. Heinrich August Räder aus Braunschweig und Joh. Friedrich Hölzer aus Nöschertedt.

Urkundlich ist dieses Dokument bis zu ewigen Zeiten in die Lade gelegt, von den zeitigen Altmeistern der Huf- und Waffenschmiede Gilde eigenhändig unterschrieben und mit dem löbl. Gilde Sigel untersteuert. So geschehn Braunschweig d. 2ten May

gehen noch 24 Pf. Krankentassengeld ab, so daß 6,73 Mk. bleiben. Ein weiterer Kollege erzielte in drei Wochen eine Einnahme — nach Abzug des Krankentassengeldes — von 13,44 Mk., dann 11,60 und 6,06 Mk. Selbstverständlich fällt es den Kollegen äußerst schwer, bei diesen Verdiensten auskommen zu können und begreiflicherweise sieht jeder zu, wieder so schnell wie möglich von Lauf fort zu kommen. Etwaige Muster werden von Mädchen gearbeitet, die darauf 10 Mk. verdienen. Eine Preisliste hängt nicht aus und allem Anschein nach werden die Akkordsätze mit jedem Arbeiter anders vereinbart. Wie uns dazu ferner mitgeteilt wird, werden in anderen Fabriken für die gleichen Artikel teilweise dreimal höhere Preise gezahlt als sie der Arbeiter in Lauf erhält. — Jedenfalls ersieht aus diesem allen die Kollegen, daß sie nur in ihrem eigenen Interesse handeln, wenn sie Lauf meiden und von dort kommende Arbeitsangebote unbeachtet lassen. Es muß den Unternehmern doch auf irgend eine Art klar gemacht werden, daß auch die Ausnützung der Porzelliner eine Grenze hat. Und je schwerer es dem Arbeitgeber wird, brauchbare Leute zu bekommen, umso eher wird er bereit sein, bessere, wenigstens einigermaßen auskömmliche Löhne zu zahlen.

Aus Roschütz weiß die „Rundschau“ (Nr. 40) folgendes zu berichten: „In der roschützer Porzellanfabrik ist es infolge des von der Firma an die Arbeiter gerichteten Verlangens, aus dem Verband auszutreten, zu Zwistigkeiten gekommen, die den Ausbruch eines Streiks wahrscheinlich machen.“ — Die Rundschau hat eine feine Nase und seitdem sie — wie ihre Veröffentlichungen über den Schlierbacher Zustand zeigten — bei den Unternehmern und besonders bei den arbeitseindlich gestimmten mit Vorliebe aufwartet, kann man ihren Auslassungen dieser Art nicht jede Bedeutung absprechen. Ob es nun in Roschütz — wie die Rundschau hier ahnend verkündet — zum Streik kommt, wollen wir abwarten. Sollte es dazu kommen, dann wird wohl das Aktienblatt wieder eine „dokumentarische Geschichte“ des Streiks schreiben mit dem Motto: „Die Arbeiter respektive die organisierten waren das Karnickel das angefangen hat, der Unternehmer ist eine Seele von Mensch und die Güte selber!“ — Um dieser eventuellen Fälschung vorzubeugen und der Rundschau das Geschichtsschreiben zu erleichtern, übernehmen wir obige Notiz.

1791. Meister Johann Ludwig Schier. Heinrich Andreass Köchy. Joachim Christov Freise. August Antohn Freise. Johann Heinrich Rogenehr. Johann August Frühling. Johann Heinrich Schneider. Johann Erdmann. Carl Ludwig Braukmann. Johann Ludwig Schneider. Carl Bernhard Freise. Johann Christian Rasch. Johann Peter Masch. Johann Ludolph Kappe. Johann Bernhard Debus.

(L. S.)

Der Pokal, ein Bruchstück der Goldschmiedekunst, ist heute noch vorhanden und wird im Gildehause aufbewahrt.

Leider ist in dem Dokument kein Wort über die Ursache und den Verlauf dieser Arbeitsniederlegung enthalten, die sicher mehr Licht auf die damaligen Verhältnisse geworfen hätte, als dieses im Grunde genommen recht wenig besagende Dokument. Wahrscheinlich ist die Ursache eine schwerwiegende gewesen. Denn sonst wäre es kaum zu erklären, daß sich sämtliche Berufe mit Ausnahme der damals verhältnismäßig gewiß nicht zahlreichen Huf- und Waffenschmiede daran beteiligten.

Zeigt sie doch klipp und klar, daß die Firma durch das Verlangen, die Arbeiter sollen ihr Koalitionsrecht aufgeben, den Streit entseffelt, also angefangen hat. — Diese Feststellung der Rundschau genügt uns. — Wie wir jedoch kurz mitteilen können, scheint der fromme Wunsch der Rundschau nicht in Erfüllung zu gehen. Die Konfliktpunkte sind anscheinend fürs erste beseitigt und der Friede gesichert. Wir kommen in nächster Nummer des näheren darauf zurück.

Aus Rudolstadt wurde jüngst dem Saalfelder Volksblatt geschrieben: „Immer näher rückt die Zeit, wo die hiesigen Porzellanfabriken wieder in hellem Lichte erstrahlen und manchmal bis spät in die Nacht. Deshalb wollen wir an die Zeit erinnern, wo die Maler und Former die Lampen und das Del noch selbst kaufen mußten. Um dem ein Ende zu machen, stellten die Akkordarbeiter im Jahre 1900 an die Fabrikanten die Forderung, vom 1. Oktober desselben Jahres an die Beleuchtung frei zu liefern. Dies wurde aber abgelehnt. Man versprach aber vom 1. Oktober 1901 ab freies Licht zu gewähren. Es wurde nun die Sache dahin geregelt, daß einige Fabriken das Del liefern, andere zahlen eine Entschädigung. Zu den letzteren gehörte auch die Firma Strauß u. Co. hier; es wurde auch zwei Jahre lang die Entschädigung bezahlt, nur voriges Jahr scheint Herr Strauß das Versprechen vergessen zu haben, denn die Maler konnten trotz wiederholten Ersuchens keine Entschädigung erhalten. Wir werden ja sehen, ob sich dies Jahr Herr Strauß seines Versprechens erinnert und den Malern, die daselbst niedrige Löhne erzielen, wieder freie Beleuchtung gewährt.“ — Diese Notiz entspricht voll und ganz den Verhältnissen der rudolstädter Porzellanerei. Vor einigen Jahren stand die gewerkschaftliche Organisation in Rudolstadt noch besser da. Es war daher den Kollegen eher möglich von den Unternehmern Zugeständnisse zu erlangen. Aber von Jahr zu Jahr, von Quartal zu Quartal ging der Verband, unsere Zahlstelle in Rudolstadt, zurück. Immer weniger Mitglieder werden gezählt und von Versammlungen und etwas Leben innerhalb der Zahlstelle hört man überhaupt nichts mehr. Wie in so vielen Orten des schwarzburg-rudolstädter Ländchens schlafen auch die Kollegen in Rudolstadt allem Anschein nach recht tief. Lässigkeit in der Verfolgung der eigenen Interessen, Stillstand jeder Bewegung und ein Sichgehenlassen, das sind die

Zwar ist von „Aufstand“ und „Unruhe“ die Rede, aber mit Sicherheit ist daraus nicht zu schließen, ob es auch zu gewaltsamen Ausbrüchen kam.

Interessant ist das Schriftstück besonders darum, weil man sehen kann, daß gegen die Arbeiter damals schon mit ganz denselben Schlagworten operiert wurde wie heute. Es erhoben sich die Gesellen „durch fremden, auswärtigen irtigen Wahn (Natürlich. D. Red.) verblendet“, heute heißt es „auswärtigen Agitatoren“ oder „auf Weisung von Berlin“, und schon damals wurden die braven „arbeitswilligen“ Elemente ob ihres „vernünftigen Betragens“ gehänselt und belohnt. Die Ausständigen aber trieben „Unfug und Unfug“. Die Behörden waren selbstverständlich auch da schon auf Seiten der Arbeitswilligen.

Etwas weiter sind wir immerhin gekommen, denn heute würde man es schwerlich unternehmen, die Namen der Arbeitswilligen urkundlich festzulegen und ihnen so das Brandmal der Schande vor aller Doffentlichkeit aufzudrücken.

Zeichen unter denen unsere Kollegen in Rudolstadt in ihrer großen Mehrheit zu stehen scheinen. Diese Zustände schreien förmlich zum Himmel! Und was kann es daher verwundern, wenn solcher Arbeiterschaft gegenüber ein Unternehmer seine gegebene Zusage wieder „vergift“? Man will nun sehen, was dieses Jahr wird, d. h. man will wieder warten, abwarten was der Unternehmer selbst tun will! Das ist ja eben das Traurige, dieses Warten und Hoffen! — Können und wollen sich denn die rudolstädter Kollegen überhaupt nicht mehr auf die eigene Kraft besinnen? Denken denn die Arbeiter, Maler und Dreher in Rudolstadt überhaupt nicht mehr an die eigene Organisation und kommt ihnen allen nicht mehr der Gedanke, was sie im gemeinsamen Handeln schaffen und erreichen könnten? Will man denn noch weiter runter kommen, die Organisation und mit ihr die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ganz zu Grunde — warten? — Wir meinen in Rudolstadt im besonderen wäre es schon seit langem an der Zeit gewesen, sich auf die Organisation zu besinnen und in aller erster Linie haben die dortigen Verbandsmitglieder die Pflicht und Schuldigkeit, etwas reger für die Organisation zu arbeiten, als in der letzten Zeit allem Anschein nach getan worden ist. Sonst wären derartige Notizen wie die vorstehende sicherlich nicht möglich.

Tilowitz. Ueber die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Porzellanmalerei von Schneider wurden uns vor kurzem nachstehende Angaben gemacht. In jener Malerei sind 4 Kollegen, 2 Kolleginnen und 1 Lehrling beschäftigt. Bei Akkordarbeit wird ein Durchschnittslohn von 15 Mk. erlangt; im Wochenlohn werden 20 Mk. gezahlt. Diese Differenz erklärt sich am besten, wenn man einzelne Akkordpreise betrachtet. Hauptsächlich werden Kaffeetöpfe decoriert. Der Farber oder Lüsterfond wird ausgesprengt, mit einem Blumenmuster versehen und dieses nach dem ersten Feuer mit Gold abgesetzt. Dazu kommen noch Staffage und Goldbrand. Für das ganze Duzend Töpfe gibt es dann 95 Pf. bis 1,20 Mk. Einzelne Kannen, ebenfalls mit reichem Decor versehen, stehen 35 Pf. im Preise. Der Maler muß sich nicht nur Gold und Farbe, sondern auch noch Terpentinöl zc., ferner Lampe und Petroleum selbst besorgen und halten. Für letzteres ist es ganz gleich ob die Maler im Lohn oder Akkord arbeiten. 10 Gramm Glanzgold werden mit 5 Mk. berechnet. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden. — Man sieht, in diesem kleinen Betrieb gehen alle Mängel, unter denen sonst die Kollegen vielfach nur einzeln zu leiden haben, Hand in Hand, niedrige Preise, schlechter Verdienst, teure Materialien, lange Arbeitszeit und dann noch das sonderbare Verlangen des Arbeitgebers, daß sich die Arbeiter die Beleuchtung selbst zu stellen haben. — Jedenfalls beweisen solche Zustände, daß die Kollegen, die in kleineren Werkstätten tätig sind, nicht weniger Ursache haben, sich zu organisieren als die in Fabriken tätigen Maler zc.

Unternehmerprofite. Im Gegensatz zu den Verdiensten so mancher unserer Kollegen — man darf nur die Notizen unter Lauf und Tilowitz in der heutigen Nummer der Ameise lesen — lassen sich die Profite, die das Unternehmertum außer den Gehältern, Lantimen und sonstige Vergünstigungen ihrer besonders bevorzugten Helfershelfer aus der Arbeit der Nichtbesitzenden herauswirksam um so gründlicher beurteilen. So hat die Annaburger Steingutfabrik Akt.-Ges. nach reichlichen Abschreibungen — von 116 614 Mk. — doch noch einen Reingewinn von 16 840 Mk. unter die Aktionäre verteilt.

Die Herren Geldbeutelhaber bekommen also für die schwere Mühe, daß sie ihr überflüssiges Geld in den Aktien der Annaburger Steingutfabrik angelegt haben, in diesem Jahre auf je 100 Mk. 7 Mk. auszubezahlt! Wie aber muß sich ein Arbeiter mühen um 7 Mk. zu verdienen! — In Stadtlengsfeld aber, wo man der Ausbreitung unserer Organisation mit allen wirtschaftlichen Mitteln und unter Zuhilfenahme der politischen öffentlichen Gewalt entgegen tritt, geht das Geschäft nicht minder gut. Dort sprang im letzten Berichtsjahre ein Reingewinn von 80 914 Mk. heraus. — Wie gesagt, um die enormen Summen, welche aus der Arbeitskraft des Besitzlosen gewonnen werden, richtig schätzen zu können, muß man zu diesen „Reingewinnen“ — das heißt zu den Summen, welche nur unter den „Eigentümern“ verteilt werden — auch noch die Ueberführungen in den Reservefonds rechnen. Diese Beträge stellen ja auch eine Vermögensvermehrung des Unternehmers da. Dann kommen die gewaltigen Abschreibungen, worunter Schuldentilgungen geliehener Kapitalien, Gebäudeunterhaltungen zc. zu rechnen sind. Auch diese Abschreibungen vermehren das Vermögen, das Einkommen der Besitzer. Dann folgen die Gehälter und Lantimen der Aufsichtsräte und Direktoren, die Reispesen usw. usw. Aufsichtsräte und Direktoren aber sind ja — wenigstens die letzteren zum Teil — Mitbesitzer, Aktionäre des Unternehmers. Sie werden schon sehen, daß ihre Bezüge nicht zu niedrige sind. Und auch diese Gehälter; dann die für die Buchhalter, Reisende, Beamte zc. aber müssen doch herausgewirtschaftet werden aus der Arbeit der wirklich schaffenden Menschen, in unserem Falle aus der Tätigkeit der Kollegen: der Former, Dreher, Maler und Gießer, der Brenner und Schlemmer, Hilfsarbeiter und Kolleginnen zc. Wem aber unter unseren Kollegen gehen jene Zahlen, welche die „Verdienste“ der Unternehmer ausmachen und die kleinen Summen, welche die eigenen Einkommen umschreiben, nicht zu denken?

Soziales, Gewerkschaftliches etc.

* Ueber die Maifeierfrage ging uns von einem unserer Verbandskollegen eine kleine Abhandlung zu, der wir nachstehendes entnehmen. In erster Linie liegt dem Kollegen daran, daß die Genossen und vor allem die Gewerkschafts-Mitglieder eifriger als bisher mit dieser Frage sich befassen möchten. Nach Ansicht des Artikelschreibers liegt eine Verlegung der Maifeier auf einen Sonntag nur im Interesse der Gewerkschaften. Man könne nicht mit dem Kopf durch die Wand rennen und die demonstrative, allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai für die Gewerkschaften kosten auf, deren Mittel besser zu anderen Zwecken verwendet werden könnten. Auch wäre es aus dem Grunde unklug, der Maifeier allein zuliebe die Gewerkschaften mit neuen Lasten zu bedenken, da ja schon die einzelnen Verbände mit Streiks, Aussperrungen zc. in reicher Fülle zu rechnen haben. Findet die Maifeier an einem Sonntage statt, so sei nicht nur eine größere Teilnehmerzahl gesichert, sondern auch alle die schwerwiegenden Folgen der eventuellen Aussperrungen fielen fort. Für den Gedanken der Maifeier mache es nichts aus, ob die Feier nun durchaus am 1. Mai oder an einem Sonntag stattfindet. — Wir enthalten uns für heute eines näheren Eingehens auf diese Ansicht, da ja die Frage der Maifeier auch von verschiedenen Seiten betrachtet werden will. Doch werden wir bei Gelegenheit ausführlicher auf diesen Gegenstand eingehen. Nur glaubten wir die

obige Ansicht des Kollegen S. den übrigen Verbandsgenossen nicht vorenthalten zu dürfen, da sich Kollege S. von seiner Anregung eine weitergehende Diskussion verspricht.

* Die Herren im Hause. Vor nicht zu langer Zeit berichteten wir über das Vorgehen des deutschen Metallarbeiterverbandes, dessen Vorstand an die einzelnen Metallindustriellen eine mit ausführlichen Begründungen versehene Aufforderung richtete, mit der Arbeiterorganisation zur Wahrung des Friedens in Verhandlungen über Tarifverträge einzutreten. Der Verband deutscher Metallindustrieller, die als reaktionärste Scharfmachergruppe bekannte Unternehmerorganisation, aber warnte seine Mitglieder vor diesem Antrag der Arbeiter und riet ihnen, nicht einzeln mit dem deutschen Metallarbeiter-Verband zu verhandeln. Wollte derselbe wirklich in ernstlich gemeinte Unterhandlungen treten, so möge er sich an die Unternehmervereinigung, also an den Verband deutscher Metallindustrieller, wenden. Das war aber geschehen! Der Unternehmerorganisation wurden ihre Spiegelgebühren nachgewiesen. Doch sie war um eine neue Ausrede, nicht verhandeln zu wollen, nicht verlegen. Man verlangte von dem Arbeiterverband eine handschriftliche Aufstellung der gemachten Vorschläge, auf gedruckt vorliegende Sachen dieser Art ging man — die Herren Unternehmer — nicht ein. Das ist einfach töricht! Natürlich lehnte der Metallarbeiterverband diese kindische Zumutung ab und gab durch Veröffentlichung der einschlägigen Schriftstücke der Öffentlichkeit wieder ein packendes Beispiel von der Friedensliebe der organisierten Unternehmer. — Es ist eben nicht wahr, diese Leute wollen ja den Frieden mit den Arbeitern gar nicht. Sie wollen aber die Arbeiter weiter drücken, noch mehr ausnützen, die Arbeiterorganisationen zertrümmern, den einzelnen Arbeiter so wehrlos wie möglich machen. Dann freilich haben sie auch den Frieden, aber nicht den der gedeihlichen Entwicklung, sondern den des Friedhofs. — Daß jedoch die Unternehmerbäume auch nicht in den Himmel wachsen und selbst eine so mächtige Organisation, wie sie die deutschen Metallindustriellen darstellen, nicht mit dem Kopf durch die Wand kann, bewies der für die Arbeiter so günstig ausgegangene Kampf der Former bei der berliner Firma Schwarzkopff. Da mußte das organisierte Unternehmertum vor der fest geeinten Arbeiterschaft die Segel streichen. Möge es so weiter gehen mit den Herren im und außerem Hause.

* Vom Generalstreik. Auf dem Parteitag der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie, der dieser Tage in Salzburg stattfand, kam auch ein Antrag zur Sprache, den Generalstreik auf die Tagesordnung zu setzen. Dieser Antrag wurde mit folgender Motivierung abgelehnt:

Eine Diskussion über den Generalstreik ist nicht dringend, weil die österreichische Arbeiterschaft klar darüber ist, daß der Generalstreik als Allheilmittel zur Durchführung unserer letzten Ziele eine Utopie ist, daß aber der politische Massenstreik ein unter gewissen Umständen brauchbares und wirksames Mittel der Aktion ist, auf das das Proletariat nicht verzichten kann und das es sich vorbehält, und weil schließlich der amsterdamer Kongreß eine durchaus bestimmte und sachgemäße Resolution in dieser Frage beschlossen hat.

Dagegen wird ein Antrag Winarskys angenommen, daß der Generalstreik auf dem nächsten Gesamtparteitag verhandelt werden soll. — Trotz dieser Ablehnungsbegründung sollte die Frage des Generalstreiks doch nicht ganz unerwähnt auf diesem Parteitag bleiben. Bei dem Bericht des Parteivorstandes sprachen

nämlich verschiedene Redner über den Stillstand, der in der österreichischen Bewegung eingetreten sei. Man drang auf Aenderung und von einem Redner wurde dazu auch der Generalstreik und seine Propaganda vorgeschlagen. Von den anwesenden Fraktionsmitgliedern erfuhr dieser Vorschlag freilich eine Bekämpfung. Man muß also abwarten, wie sich der nächste Parteitag zu dieser Frage stellt.

Internationales.

Frankreich. Der vom 12.—17. September in Bourges tagende französische Gewerkschaftskongress mußte auf den beiden letzten Verhandlungstagen den größten Teil seiner Tagesordnung im Sturmschritt erledigen. Während der vier ersten Tage (siehe „Ameise“ Nr. 39) redete man über alles Mögliche, nur über wenig Sachliches zur Tagesordnung, sondern stritt sich um Mandatsfragen. — Am 5. und 6. Tage erledigte man die Proporzfrage. Nach einem Antrage sollten in dem Gewerkschafts-Vorstand die einzelnen Gewerkschaften im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl Stimmen haben. Die größeren Gewerkschaften waren dafür, die kleineren dagegen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der von der Kontrollkommission erstattete Finanzbericht wird nach lebhafter Debatte entgegen genommen. — Zur Frage des Achtstundentages werden folgende Anträge der berichtenden Kommission angenommen: 1. Beauftragung der Generalkonferenz mit der Einleitung einer energischen Agitation für den Achtstundentag durch Wort und Schrift, durch Versammlungen und Kundgebungen, insbesondere durch große Kundgebungen am 1. Mai. 2. Die Agitation hat bis zum 1. Mai 1906 fortzubauern, an welchem Datum dann die Arbeiter sich zu weigern hätten, mehr als acht Stunden zu arbeiten. 3. Die Kosten der Agitation sind zu bestreiten durch Aufserlegung eines speziellen Beitrages von zehn Centimes pro hundert Gewerkschaftsmitglieder monatlich, sowie durch besondere Subskriptionslisten. — Eine Resolution, wonach die gewerblichen Schiedsgerichte auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werden sollen, wird angenommen, desgleichen einige Anträge, die Aenderung der Unfallgesetze zu Gunsten der Arbeiter betreffend. — Man nahm noch eine gegen den Krieg und Militarismus sich richtende Resolution an, bestimmte zum nächsten Kongressort Amiens (September 1906) und ging unter den Klängen der Internationale wieder auseinander.

Versammlungsberichte etc.

n. Ahlen. Auf Veranlassung der Zahlstelle Hamm fand hier am 24. September eine gemeinschaftliche Besprechung der Zahlstellen Hamm und Ahlen statt, welche sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigten: „Ist die obligatorische Einführung des Beihilfefonds für unseren Verband eine Notwendigkeit?“ Genosse Uebel gab in der Einleitung eine Uebersicht über den Beihilfefonds, er schilderte dessen Zweck und Nutzen insbesondere auch für den Verband, erklärte die Gründe des Rückgangs des Fonds um schließlich obige Frage auf das Entschiedenste zu bejahen. Der Redner führte ungefähr folgendes aus: Woran liegt es nun, daß unser Beihilfefonds, der doch gewiß, wie wir noch sehen werden, eine gute, segensreiche Einrichtung ist, von Jahr zu Jahr zurück geht? — Als Anfang der 90. Jahre die Gewerkschaften ins moderne Lager überschwenkten, war die große Zahl der Gewerkschaftler der Ansicht, daß von nun an die Gewerkschaften reine Kampfsorganisationen bilden müßten. Für die Unterstützung in Krankheitsfällen, sagte man sich, wären die Krankenkassen da; wir haben jetzt nur für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Daß nun infolge dieser allgemeinen Ansicht für unseren Beihilfefonds auch wenig Interesse vorhanden war und dieser bedeutend an Mitgliedern und Finanzen zurück gehen mußte, liegt wohl auf der Hand. Als aber später den Mit-

gliedern klar wurde, daß das Krankenkassenwesen die Hoffnungen, die man in dasselbe setzte, nicht voll und ganz erfüllte, sah man sich genötigt, sich noch anderweitig zu versichern und man trat, da unser Beihilfefonds recht ungünstig stand, anderen Zuschußklassen bei. Wie wenig die Krankenkassen geeignet sind, den durch Krankheit verursachten Lohnausfall weit zu machen, beweist so recht drastisch die hiesige Ortskrankenkasse, welche ein Krankengeld von 1,20 Mk. pro Tag zahlt, also bei weitem nicht die Hälfte des durchschnittlichen Verdienstes der Kollegen. Bedenkt man nun, daß die Unternehmer jetzt schon ganz erheblich über die Lasten der Arbeiterversicherungen klagen und daß die Regierung sich Mühe gibt, den Krankenkassen das Selbstverwaltungsrecht zu nehmen, so wird man sich sagen müssen, daß für die Zukunft keine Besserung in dieser Beziehung zu erwarten ist und man sich, um dem wirtschaftlichen Ruin zu entgehen, einer anderen Kasse, dem Beihilfefonds, wick anschließen müssen. Nicht allein aber für die kranken Mitglieder, sondern auch für unseren Verband im allgemeinen hat der Beihilfefonds einen großen Nutzen. Denn soll unser Verband eine Kampfsorganisation sein, sollen wir dafür kämpfen, daß bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, so müssen auch Kämpfer vorhanden sein und neue gewonnen werden, das kann am besten durch die Unterstützungseinrichtungen geschehen. Gerade die Krankenunterstützung bietet den uneingeübten Kollegen den ersten greifbaren Vorteil. Die Frauen, die ja bei jeder Sache einen handgreiflichen Vorteil sehen müssen, werden sich gegen unsere Organisation auch freundlicher stellen. Folglich sehen wir, daß mit der Krankenunterstützung weit leichter für unseren Verband agitiert werden kann als ohne dieselbe. Zweitens werden aber auch die Mitglieder dadurch bedeutend mehr an uns gefesselt. Sie werden uns nicht bei jeder kleinen Widerwärtigkeit den Rücken kehren und den Verband als einen Laubenschlag ansehen, in den man aus- und einsteigen kann nach Belieben. Die Schwankungen in der Mitgliederzahl werden schwinden und einer größeren Stetigkeit und Ständigkeit Platz machen. Dadurch werden wir dann einen größeren Stamm gesuchter Mitglieder bekommen, mit denen sich erfolgreicher ein Kampf wird durchführen lassen. Diese Erfahrung hat auch heute die Gewerkschaften mehr auf das Unterstützungswesen hingewiesen und sie dazu bemogen, dieselben mit gutem Erfolg als obligatorisch bei sich einzuführen. Das zeigte sich in letzter Zeit auch bei dem Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands. Natürlich muß einem eventuellen momentanen Rückgang der Mitglieder durch Wort und Schrift entgegen getreten werden. Es muß den Mitgliedern klar gemacht werden, daß sie bei all diesem Vorteil nicht allzu hohe Beiträge zu bezahlen brauchen, da ja, wie bekannt, eine obligatorisch eingeführte Kasse bedeutend besser arbeitet, als eine freiwillige, wie unser jetziger Beihilfefonds. Selbstverständlich muß die Höhe der Beitragsleistung auch in einem jedem Belieben stehen. Sollten uns dann noch Mitglieder wirklich abtrünnig werden, so sind es solche, welche uns doch bei der geringsten Unbequemlichkeit verlassen hätten. Dem ist aber entgegen zu halten, daß wir an deren Stelle viele neue Mitglieder durch die Krankenunterstützung erwerben werden. — An der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Genossen, teils in den Vortrag erweiterndem Sinne, alle aber für die obligatorische Einführung des Beihilfefonds in den Verband eintretend. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heute hier tagende gemeinschaftliche Versammlung der Zahlstellen Hamm und Ahlen erklärt sich mit den Ausführungen des Genossen Uebel, betreffs der obligatorischen Einführung des Beihilfefonds einverstanden und fordert die Delegierten der nächsten Vertrauensmänner-Konferenz auf, den Antrag Ahlen „obligatorische Einführung des Beihilfefonds“ bei der nächsten Generalversammlung zu befürworten.

w. Budaus. Protokoll der Versammlung vom 17. September. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde für den erkrankten Vorsitzenden als Stellvertreter Gen. Lüttig gewählt. Nach Erledigung lokaler Angelegenheiten wurde zum 2. Punkt der Tagesordnung übergegangen. Derselbe lautet: Beschlußfassung über die vom Gewerkschaftskartell vorgeschlagene Sterbefallunterstützungskasse. Die Vorlage hat ungefähr folgenden Wortlaut:

In die Mitgliedsbücher wird eine Anlage eingefügt, die 120 Rubriken für einzulebende Marken und folgende Bestimmungen enthält:

Bestimmungen über die Unterstützung bei Sterbefällen.

1. Die Ortsverwaltung Magdeburg des Verbandes der Porzellan- und verm. Arbeiter beiderlei Geschlechts ist ermächtigt:

a) nach dem Tode eines Mitgliedes, das seine Pflichten gegen den Verband voll erfüllt hat, an die hinterbliebenen Angehörigen (Ehefrau, Kinder oder sonstige bedürftige Angehörige) eine einmalige Unterstützung zahlen zu können,

die nach 1 jähriger Mitgliedszeit und Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen 100 Mk., nach 2 jähriger 200 Mk., nach 3 jähriger 300 Mk., nach 4 jähriger 400 Mk. betragen kann;

b) beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes kann nach vorstehenden Grundätzen die Hälfte der Unterstützung gewährt werden.

2. Die auf Grund dieser Bestimmung geleisteten Unterstützungen sind freiwillige und steht den Empfängern weder ein gesetzliches Recht noch ein Klagerrecht auf dieselben zu.

3. Ob ein Mitglied seine Pflichten dem Verbands gegenüber erfüllt hat und ob dessen Angehörigen Sterbefallunterstützung gewährt werden kann, hat die Ortsverwaltung mit dem Kartellvorstand gemeinschaftlich zu entscheiden.

4. Die Mittel zur Sterbefall-Unterstützung zahlt die Kartellkasse. Die Ortsverwaltung der angeschlossenen Organisationen haben bei jedem Sterbefall von ihren Mitgliedern einen Beitrag von 10 Pfennig gegen Verabfolgung einer Quittungsmarke zu erheben und die ganze Summe an die Kartellkasse abzuführen.

5. Mitglieder, die der Sterbefall-Unterstützung angeschlossen sind und von Magdeburg verziehen, können ihre Beiträge auch während ihrer Abwesenheit weiter entrichten oder durch ihre Ortsverwaltung entrichten lassen.

6. Von allen Mitgliedern wird ein einmaliger Beitrag von 20 Pfennig und nach jedem Todesfall einen Beitrag von 10 Pfennig erhoben. Angehörigen solcher Mitglieder, die sich weigern, die Beiträge zu zahlen oder die mehr als zwei Beiträge restieren, kann eine Unterstützung nicht gezahlt werden.

7. Ueber die Deckung etwaiger Fehlbeträge oder Ueberschüsse beschließen die Ortsverwaltungen in gemeinsamer alljährlicher im Januar abzuhaltender Sitzung. Beschwerden irgend welcher Art sollen ebenfalls in dieser Sitzung erledigt werden. Der Kartellvorstand und der Gewerkschaftssekretär wohnen dieser Sitzung mit vollen Rechten bei. Den angeschlossenen Gewerkschaften ist zu Anfang Januar und vor der Sitzung eine spezialisierte Abrechnung durch das Gewerkschaftssekretariat zuzustellen. Die Einrichtung tritt mit dem 1. Dezember 1904 in Kraft.

8. Mitgliedern, welche zur Zeit der Einrichtung einer magdeburger Gewerkschaft angehören, sich aber weigern, obige Beiträge zu zahlen, kann bei späterem Eintritt die ganze Summe der bereits gezahlten Beiträge auferlegt werden. —

Weiter wurde vom Vorsitzenden erläutert, daß die Unterstützung in der vorgeschlagenen Höhe nur dann gewährt werden kann, wenn sich die Gewerkschaften mit insgesamt 5000 Mitgliedern an dieser Versicherung beteiligen. Gehört ein Mitglied seiner Gewerkschaft schon 4 Jahre an und hat seine Beiträge in derselben gezahlt, so wird seinen Hinterbliebenen die Unterstützung im Höchstbetrage von 400 Mark gezahlt. Also: Entscheidend ist die Beitragsleistung in der Gewerkschaft! Auch wird bei ledigen Mitgliedern die betreffende Summe an Angehörige, Geschwister oder sonstige von ihm bestimmte Personen gezahlt. Beim Tode der Ehefrau eines Mitgliedes würde nur dann ein Beitrag erhoben, wenn die vorhandenen Mittel nicht ausreichen würden. Ferner wurde noch auf die Erfahrung der hiesigen Metallarbeiter verwiesen. Darnach sind bei einer Mitgliederzahl von 3000 bis 4000 in 41 Monaten 41 Sterbefälle, darunter 8 Selbstmorde, vorgekommen. Es entfällt also auf jeden Monat im Durchschnitt 1 Sterbefall. Würden sich dieser Einrichtung 5000 Mitglieder anschließen, so wären im Jahresdurchschnitt höchstens 18 Sterbefälle zu erwarten. Demnach wäre die Beitragshöhe jährlich 1,80 Mk. oder monatlich 15 Pf. Damit vergleiche man die Beitragshöhe und Leistung der Sterbekassen, welche Jahresbeiträge von 3—4 Mk. erheben und nur 150—200 Mk. Unterstützung zahlen. Da der Vorteil jedem klar war, den diese Kasse bieten würde, stimmten sämtliche Anwesende für die Einführung dieser Einrichtung. In der Debatte wurde angeregt, der nächsten Generalversammlung unseres Verbandes einen ähnlichen Antrag vorzulegen, da eine solche Einrichtung ein wirksames Agitationsmittel für den Verband wäre, denselben neue Mitglieder zuführen würde und zu gleicher Zeit den Beihilfefonds entlasten und wieder in die Höhe bringen würde. Auch würden wohl weniger Streichungen wegen restierter Beiträge erfolgen, da die Frauen der Mitglieder, wenn irgend möglich, dieselben bezahlen würden. Weiter würden die Sammlungen bei einem Todesfall wegfallen, indem einfach auf die Organisation als Helferin in der Not verwiesen werden kann. Nachdem weiter auf die Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer hingewiesen war, wurde die Versammlung um 9³/₄ Uhr geschlossen.

h. Eisenberg. Am 10. September fand die letzte Zahlstellenversammlung statt. Sie war, im Vergleich zu den vergangenen, gut besucht. Die Tagesordnung umfaßte folgende Punkte: 1. Geschäftliches, 2. Stiftungsfeier betr., 3. Fabrik- und Arbeitsverhältnisse, 4. Anträge, Beschwerden und Bescheidene. Beim 1. Punkte erfolgten zunächst 5 Aufnahmen. Der sich in vorletzter Versammlung meldende Genosse,

welcher aus dem Verbands der Fabrik- und Hilfsarbeiter ausgeschlossen war, wird von diesem wieder aufgenommen und ist damit diese Sache erledigt. Hierauf erfolgte der Kartellbericht. Die bei dem Streit in Schlierbach unterlegenen Genossen haben sich an das hiesige Gewerkschaftskartell gewandt mit dem Ersuchen, beigefügte Sammelkarten zurückzugeben zu lassen, zwecks Ausbringen von Kapital zur Gründung einer Genossenschaft. Das Gewerkschaftskartell lehnte jede Aktion ab und überwies das Material der hiesigen Zahlstelle. Es wird beschlossen, die Listen zurückzugeben zu lassen und das gezogene Geld den schlierbacher Genossen ohne jede Verpflichtung auf Rückzahlung zu überweisen. Sodann wird beschlossen, in nächster Zeit aus den Mitteln des Bildungsfonds einen wissenschaftlichen Vortrag halten zu lassen. Weiter ersucht der Vorsitzende die Unterklassierer, alle diejenigen der Verwaltung bekannt zu geben, welche 8 Versammlungen hintereinander nicht besucht haben. Es kommen dann 2 Einladungen, von Meuselwitz und Unterhans, zur Verlesung. Beschlossen wird, an beide Zahlstellen telegraphisch Grüße zu übermitteln. Unter Punkt 2 wird beschlossen, die Beratungen über das Stiftungsfest bis zur nächsten Versammlung zu verlagern. Beim 3. Punkte wird von einem Genossen die Budgetfrage angeschnitten. Diese Sache hat schon einmal ohne Erfolg das Ministerium beschäftigt. Es soll nun nochmals versucht werden, diesen sonderbaren Zustand zu beseitigen. Die Fabrikanten sollen nochmals von der Verwaltung um Gewährung von freiem Sicht angegangen werden. Bei ablehnendem Bescheid soll diese Angelegenheit das Gewerbeamt beschäftigen. Dann kam eine Sache zur Sprache, welche sich mit dem letzten Versammlungsbericht beschäftigt. In diesem war bezüglich der Heimarbeit in der Blaumalerei gesagt worden, daß das große Unergehen weiblicher Arbeitskräfte ungünstig auf die Lohnverhältnisse der männlichen Arbeiter einwirkte. Dadurch fühlte sich die Geschäftsleitung einer hiesigen Fabrik besonders getroffen und verlangte eine Erklärung, ob das betreffende Geschäft darunter gemeint sei. Derselben konnte die Zusicherung gegeben werden, daß dies nicht der Fall sei, sondern daß diese Ausführungen ganz allgemein gehalten seien in dem Sinne, daß jede Frauenarbeit unter den jetzigen Verhältnissen stets ungünstig auf die Lohnverhältnisse einer jeden Branche einwirkte. Dann wurden verschiedene Klagen über ungenügende Reinigung der Fabrikräume vorgebracht. Zum Schluß bringt noch der Arbeits-Vermittler verschiedene Mißstände zur Sprache. So sollen in einer Fabrik 5 Maler angefangen haben, wovon nur einer den Arbeitsnachweis benutzt hat. Ueber die übrigen vier soll die nächste Verwaltungssitzung beschließen und das Resultat der nächsten Zahlstellenversammlung vorlegen. Damit schließt die Versammlung gegen 12 Uhr.

w. Freiwaldau. Eine am 24. September abgehaltene Zahlstellenversammlung war von 10 Mitgliedern besucht. Es machte sich die Wahl eines Revisoren notwendig und wurde Genosse Brike mit überwiegender Stimmen-Mehrheit gewählt, welcher auch die Wahl annahm. Eine lebhaftere Debatte entspann sich über den zweiten Punkt der Tagesordnung betreffs Abhaltung eines Stiftungsfestes. Einige Mitglieder waren nur für eine Feier im engeren Kreise. Die Mehrzahl jedoch sprach sich für eine größere Festlichkeit aus um dadurch der Zahlstelle neue Mitglieder zuzuführen. Dem Vorschlag diese Angelegenheit in einer bald wieder abzuhaltenden Versammlung des näheren zu besprechen, wurde zugestimmt. Unter Punkt drei „Verschiedenes“ wurde das Verhalten einiger Mitglieder betreffs der Wach-Angelegenheit kritisiert. Ein Antrag Mißliche, dieses Jahr einen Laube-Projektions-Vortrag abzuhalten, wurde angenommen. Da die Versammlung nur schwach besucht war, einige Mitglieder es überhaupt das ganze Jahr nicht für nötig befanden, in einer Versammlung zu erscheinen, wurde der Antrag gestellt, die Beiträge nur in den Versammlungen entgegen zu nehmen. Selbiger Antrag fand jedoch nicht die genügende Unterstützung.

k. Köln. Eine öffentliche Versammlung aller in der Gips- und Konfigurationsbranche beschäftigten Personen von Köln tagte am Sonnabend, den 24. September, hier im Lokale zum „Goldenen Löwen“ mit der Tagesordnung: „Wie wird die Zukunft unserer Arbeiterschaft sich gestalten?“ Der Referent, Gen. Wollmann aus Charlottenburg, gab zunächst einen Rückblick auf die Entstehung und die Zwecke der Arbeiterorganisationen und führte den Anwesenden den großen Wert derselben klar und deutlich vor Augen. Er kennzeichnete die riesigen Prozenze, die das Unternehmertum aus der Arbeiterschaft herauszuholen bestrebt ist. Die Unternehmer haben einen Arbeitgeberverband gegründet, um angeblich nur „unberechtigter“ Forderungen der Arbeiter abzuwehren, daß aber diese Herren sämtliche Forderungen der Arbeiter als ungerecht betrachten, sei doch hinreichend bekannt. Wenn es diesen Herren ernst wäre mit ihren Bestrebungen, so müßten dieselben selbst das Streben darnach haben, daß höhere Löhne für alle Arbeiter gezahlt

werden. Denn je höher die Löhne, desto leistungsfähiger ist doch der Arbeiter. Der Referent kennzeichnete unter anderem auch, daß die Kollegen, welche dem Verband fern stehen, doch an den Erfolgen, die ihre organisierten Kollegen durch viele Opfer und Kämpfe errungen haben, Anteil nehmen, ohne auch nur das geringste Opfer gebracht zu haben. Zum Schluß ermahnte Redner, daß alle die, welche dem Verband noch fern stehen, sich diesem anschließen mögen. Dann wird auch die Zeit nicht mehr fern sein, daß die Zukunft der Arbeiterschaft sich so gestalten wird, daß nicht der Unternehmer, sondern der Arbeiter selbst die Macht in der Hand hat, um über seine Arbeitsbedingungen bestimmen zu können. (Beifälliger Beifall.) In der Diskussion meldete sich ein Kollege zum Wort, derselbe pflichtete den Ausführungen des Referenten bei, ermahnte ebenfalls zum Eintritt in unseren Verband und forderte die Anwesenden auf, auf die hier am Orte täglich erscheinende „Rheinische Zeitung“ zu abonnieren und für dieselbe zu agitieren, da dieselbe einzig und allein die Interessen der Arbeiterschaft vertritt. (Beifälliger Beifall.) Hierauf schließt der Vorsitzende mit der Aufforderung zum Eintritt in den Verband und für denselben zu agitieren, die öffentliche Versammlung. — Es sei hier noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Mitglieder der Zahlstellen Köln und Köln-Ehrenfeld zahlreich erschienen waren. Leider wurde ein unmittelbarer Erfolg nicht erzielt. Die Zahlstelle Köln besteht im ganzen aus etwa 60 Mitgliedern, während ca. 175 Berufskollegen hier in Beschäftigung sind und für den Verband zu gewinnen wären. Als sehr bedauerlich muß es daher bezeichnet werden, daß außer den Mitgliedern ganze 12 unorganisierte Berufskollegen in dieser Versammlung teilnahmen, obschon sämtliche Nichtorganisierte durch Flugblätter und Einladungen von der Versammlung benachrichtigt waren. Auch von den 12 Erschienenen verließen bei Eröffnung der Diskussion die meisten das Lokal. Aus diesem Grunde war von seiten der Mitglieder kein Interesse mehr zur Teilnahme an der Diskussion. Aber trotz dieser üblen Erscheinung dürfen wir uns in unserer Arbeit nicht beirren lassen und müssen weiter agitieren bis der letzte Mann unseres Verband zugeführt ist.

Adressen-Nachtrag.

Cassel-Bettenhausen. Vors.: Friedrich Horn, Maler, Cassel, Franzgraben 27. — Schriftf.: Karl Steinigt, Bettenhausen, Sondershäuserstr. 8. — Kass.: Franz Gerber, Bettenhausen, Sondershäuserstr. 8. — Beis.: Gustav Kiesel, Bettenhausen, Sondershäuserstr. 8. — Revis.: Edwin Berger, Bettenhausen, Sondershäuserstr. 8, sämtlich Dreher.

Freiwaldau. Revis.: Friedrich Brike, Maler.

Neuhaldensleben. Vors.: Heinrich Krügel, Dreher, Süplingstr. 40. — Kass.: Gustav Döber, Maler, Alvenleberstr. 24. — Revis.: Ernst Hurlbusch, Maler, Langestraße.

Schramberg. Vors.: Philipp Suhl, Maler, Schillerstr. 108.

Sterbefälle.

Tiefenfurt. Julius Mai, Dreher, geb. am 28. Dezember 1858 zu Meißkau, gest. am 21. September 1904 an Lungenschwund. Krank 24 Wochen. Mitglied des Verbandes und Beihilfefonds.

Markt-Redwitz. Erhardt Bär, Dreher, geb. am 23. Januar 1883 zu Weiden, gest. am 14. September 1904 an Lungenschwund.

Neuhaldensleben. F. Hoppe, Dreher, geb. am 10. August 1885 zu Neuhaldensleben, gest. am 18. September 1904 an Blinddarmentzündung. Mitglied des Verbandes.

Ihre ihrem Andenken!

Oeffentliche Porzellan-Arbeiter und Arbeiterinnen-Versammlungen finden in folgenden Orten statt:

Egendorf am 7. Oktober abends.
Rahbitze am 8. Oktober abends.
Großbreitenbach am 9. Oktober nachmittags.
 Referent: J. Schneider-Charlottenburg.

Somit der Beginn und das Lokal für die Versammlungen nicht durch Anzeigen in der Aemte bekannt gegeben sind, erfolgt die Bekanntmachung anderweitig.

Versammlungskalender.

Althaldensleben. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr bei Fürstenberg. Erscheinen dringend notwendig.

Blankenhain. Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Tröbers. Quartals-Abschluß.

Bonn-Boppelsdorf. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr bei Schönenberg, Restaurant zur „Kaiser Wilhelmshöhe“, Reffenhertstr. 86. Es wird gewünscht, zahlreich zu erscheinen.

Charlottenburg. Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus.

Cassel-Bettenhausen. Sonnabend, 8. Oktober, Versammlung in Cassel, Restaurant „zum Kurfürst“ Leipzigerstraße Ecke Neustädter Kirchplatz. Beitragszahlung.

Goldig. Sonnabend, 8. Oktober, abends 1 1/2 Uhr im goldenen Kreuz.

Gifhorn. Sonnabend, 8. Oktober, abends 1 1/2 Uhr im Gambinus.

Gilberfeld. Sonnabend, 8. Oktober, bei Adolphs Paradedstr. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr in Sachsenhausen, Gr. Rittergasse 46 bei G. Bierheilig. Bibliothekbücher, sowie Monatsbeitragskarten sind mitzubringen. Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Friedrichshagen. Montag, den 10. Oktober, abends 6 Uhr bei Noack, Seestraße.

Gotha. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant zur Erholung. Wichtige Tagesordnung.

Grüenthal. Sonnabend, 14. Oktober, abends 1 1/2 Uhr im Schlehhaus.

Hann. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Lokal Winkler Königstraße.

Itzenau. Sonnabend, 8. Oktober, auf der schönen Aussicht. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen wird erwartet. Von dieser Versammlung ab werden die Kontroll-Listen geführt.

Kolmar. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal bei Ahmann. Erscheinen aller notwendig.

Kaiserthal. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr im Gasthause zum „Storchen“. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Köln. (Reinigung der Polychromeure, Tonretoucheure und Figuristen.) Dienstag, 11. Oktober, abends 9 Uhr im Lokale Abels, Hahnenstraße. Tagesordnung: Kartellberichte, Bibliothek, Anträge und Beschwerden, Verschiedenes. Bibliothekbücher sind mitzubringen und umzutauschen. Es wird ersucht, daß die Mitglieder Interesse zeigen und zahlreich erscheinen.

Leipzig. Sonnabend, 15. Oktober, abends 1 1/2 Uhr im Restaurant „Bavaria“ Sidonienstr. 49.

Magdeburg-Neustadt. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr bei Kartell, Fabrikstr.

Markt-Redwitz. Sonnabend, 8. Oktober, bei Lang in der Zentralthalle. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet.

Mitterteich. Sonnabend, 8. Oktober, abends 1 1/2 Uhr im „Bayr. Hof“ Bibliothekbücherumtausch.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal.

Oberlind. Sonnabend, 8. Oktober, bei Bruner zum Rinderhof, Erscheinen aller ist Pflicht.

Oggersburg. Sonntag, 9. Oktober, im Vereinslokal.

Rehau. Sonnabend, 8. Oktober, bei Gräbe Schlehhaus. Erscheinen aller ist notwendig. Da ich den Abschluß fertig stelle, sind alle Reste zu begleichen. Ferner erlaube ich das Mitglied Anton Weiß, die freiwillig erhobene Unterstützung an mich oder an den dortigen Kassierer abzugeben.

Reichenbach. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht.

Spandau. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr bei Dulsch, Nischelsdorferstr. Bibliothekbücher und Lohnstatistiken sind mitzubringen. Erscheinen aller erwünscht.

Selb. Die regelmäßigen Monatsversammlungen finden vom Oktober ab jeden zweiten Sonntag im Monat, von nachmittags 2 Uhr an statt. Es werden die Mitglieder ersucht, hierzu recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen, da der Saal für abends anderweitig vergeben ist. Die Verwaltungssitzungen finden nur nicht mehr Dienstags, sondern Mittwochs statt.

Stadtilm. Sonnabend, 8. Oktober, General-Versammlung im Vereinslokal. Bibliothekbücher sind mitzubringen.

Suhl. Sonntag, 9. Oktober, nachm. 3 1/2 Uhr in Heidersbach (Thüringer Hof). Wegen Quartalsabschluß und anderen wichtigen Angelegenheiten werden die Mitglieder dringend aufgefordert, zu erscheinen.

Tiefenfurt. Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr bei Herrn Georg Wurm. Quartalsabschluß. Die Lohnstatistiken sind mitzubringen.

Weißwasser O.-L. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr im Café Central.

Wilda-Bölen. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal. Der Abschluß wird am

21. fertig gestellt und wollen die Mitglieder dies beachten.

Wittenberg. Sonnabend, 8. Oktober, Zahlstellenversammlung, verbunden mit einem sozialpolitischen Vortrag über Unfall-, Kranken- und Invaliditätswesen. Referent: Genosse Gildenberg aus Halle.

Wunsiedel. Sonnabend, 8. Oktober, abends 8 Uhr im Vereinslokal (Heinrich Kleemeier.)

Berlin II.

Sonnabend, den 15. Oktober, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8

Versammlung.

Vortrag. Geschäftliches. Verschiedenes. Die Mitglieder werden darauf aufmerksam gemacht, daß bis zu dieser Versammlung mit den Billets zum Stützungsfeft abgerechnet sein muß. Auch erfolgt in dieser Versammlung die Ausgabe der Billets zum Kunstabend.

Berlin III (Schildermaler.) Alle diejenigen Kollegen, welche am Mittwoch in der Versammlung nicht anwesend waren, werden gebeten, ihre genaue Adresse und Beschäftigungsstelle sofort per Karte an Unterzeichneten einzusenden. Wer das unterläßt, dem kann ich keine Karte mehr zusenden, der muß sich dieselbe abholen. Also bitte darnach zu handeln. R. Buchholz, SW. 47, Großbeerstraße 19 IV.

Porzellanarbeiter Dresdens!

Sonnabend, den 15. Oktober, abends 8 1/2 Uhr

Oeffentliche Versammlung

im Volkshaus, Nitzbergstr. 2.

Tages-Ordnung:

1. Die Entwicklung der deutschen Konsum-Gesellschaften. Referent: Redakteur Fleißner.
2. Gewerkschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Einberufer.

Oeffentliche Versammlungen

finden statt in:

Rachhütte

am Sonnabend, den 8. Oktober, abends 8 1/2 Uhr im Saale des Herrn Bösch (Schwarzalhal).

Großbreitenbach

am Sonntag, den 9. Oktober, abends 8 Uhr im Gasthaus zum „Goldenen Strich“.

Referent: Joh. Schneider.

In

Neuhans b. Sonneberg

am Sonntag, den 9. Oktober, im Gasthaus von Trodenbrot

Oeffentliche Porzellanarbeiter-Versammlung

Tages-Ordnung:

Warum organisieren wir uns?

Referent: Kollege Rudolf Wächter.

Um zahlreiches Besuch bittet Der Einberufer.

Althaldensleben. Ersuche alle diejenigen Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, dieselben bis zum 28. Oktober zu begleichen, da ich den Abschluß dann bestimmt fertig stelle. Der Kassierer.

Döbeln. Den Kollegen hiermit zur Kenntnis, daß ich unbedingt am 14. Oktober den Abschluß fertig stelle und sind die Beiträge für das 3. Quartal bis dahin abzulefern. Der Kassierer.

Neuhaldensleben. Den Mitgliedern der Zahlstelle zur Kenntnis, daß am 22. Oktober der Abschluß bestimmt fertig gestellt wird und bitte restierende Beiträge bis dahin zu entrichten. Der Kassierer.

Sittensleinach. Um wiederholte Vorwürfe zu ersparen, betreffs zu spätem Abschluß des Quartalsabschlusses, fordere ich die Mitglieder auf ihre Beiträge, sowie die restierenden Extrabeiträge längstens bis zum 14. Oktober zu entrichten, da ich bis dahin den Abschluß bestimmt fertig stelle. Sauerbach, Kassierer.

Mitterteich. Es diene den Mitgliedern zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich den Abschluß am 16. Oktober fertig stelle und ersuche die Beiträge bis dahin zu begleichen. Josef Schöttner, Kassierer.

Sittensgrund. Den Mitgliedern der Zahlstelle zur Kenntnis, daß der Abschluß bestimmt am 14. Oktober fertig wird, bis dahin müssen alle Reste beglichen sein, Stundung wird nicht gewährt. Wer bis dahin seine Reste nicht bezahlt hat, muß gestrichen werden. Die Beiträge nehme ich zu jeder Zeit entgegen, auch müssen die Verdienstlisten mit abgegeben werden. Der Kassierer.

Meine seit 1877 bestehende kleine

Porzellanmalerei

mit Grabdenkmälern ist sofort für 1200 Mark zu verkaufen. [1,20

Oskar Doll, Breslau, Friedrichstr. 12.

Dankagung!

Der Zahlstelle Credit für die während der Krankheit meines Mannes geleistete Unterstützung in Höhe von 10,80 M. meinen herzlichsten Dank.

Frau Ida Wenninger, Sattelsgrund. Post Alexanderhütte, Oberfr.

Arbeitsmarkt.

(Interessenten wollen gefl. davon Notiz nehmen, daß Inserate für den Arbeitsmarkt kostenlos angenommen werden. Offerten-Briefen ist jedoch eine Freimarke zur Weiterbeförderung beizulegen.)

Porzellanmaler,

geübt in Militärsachen, finden sofort dauernde Stellung. Stückarbeit. Dieselben müssen auch in Schrift bewandert sein. Auch ein Maler auf Landschaften wird gesucht. Paul Klitsch, Coblenz a. Rh.

Junger, lediger

Formgiesser,

der auch im Abgießen gut bewandert ist, sucht Stellung in einer Ofen-, Ton- oder Porzellanfabrik. Gefl. Offerten an Rudolf Sommer, Selb (Bayern), Schloßberg 297.

Maler,

welcher in der Schilder- und Geschirzbranche firm ist, sucht in einem Emailwerk Stellung. Offerten unter G. N. an die Expedition der „Ameise“ erbeten.

Ein junger, verheirateter

Dreher,

kinderlos sucht Stellung in der Sortiererei, Packerei oder im Lager; auch würde selbiger den Posten eines Hausmeisters versehen. Gefällige Offerten unter „Unterkunft“ an die Redaktion erbeten.

Flotter Porzellan-Maler

in allen Decorarbeiten bewandert, wünscht sich zu verändern. Gefl. Offerten erbeten unter M. 66 an die Ameise.

Schildermaler!

Ich brauche für mein Spezial-Geschäft für Firmenschildermaler einen durchaus soliden, zuverlässigen, nicht zu jungen Gehilfen. Derselbe muß in allen Fächern, Glas-, Holz- und Eisenarbeiten firm sein, muß völlig selbstständig die Schriftzeichen anfertigen, Vergolden (alle Arten) und schreiben können und mich in Abwesenheit vertreten. Stellung dauernd und angenehm und erbitte mir umgehend, da eventuell Eintritt sofort erfolgen kann, Offerten mit Angabe von Wohnansprüchen und Angabe von Referenzen und Arbeitsstelle. G. Hartmann, Breslau II, Neue Taschenstr. 1b.

Modellabgiesser,

verheiratet, tüchtig in der Modelleinrichtung und im Formgießen, sucht seine Stelle zu verändern. Offerten erbeten unter Ziffer 100 C. W. an die Ameise.

Porzellanmaler

für Schrift, Monogramme, Federzeichnung, Rand, Staffage und Plattenstechen sucht dauernde Stellung. Gefl. Offerten unter M. N. an die „Ameise“ erbeten.

Leipzig.

Da jedenfalls infolge zu erwartender Differenzen die Junger-Maler-Firma Karl Fuch, Leipzig-Neudorf, Victoriastr. 12, oder auch was dasselbe ist, C. Kleinlein u. Co., Leipzig, Reichstr. 20, Klaffe suchen wird, bitten wir für alle in Frage kommenden Fälle bei der obigen Verwaltung erkundigen zu wollen.

So schnell  Werlich bei jedem sein, der GOLD u. alle Abfälle  schickt zu Hammermüller  H.H. Bd. Nieder-Planitz i/S. Zwickauer Str. 85. Preis f. P.

Goldschmiedere,

verdicktes Glanzgold, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung

Emil Böhme, Eisenberg S.-A.

Man verlange Prospekte. Ältestes Geschäft dieser Art.

 Preis. f. h. l. Reelle schnelle Bed. Otto Seiferl, Zwickau/S Osterwoldstrasse 18.

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Pulver, Flaschen, Töpfe u. s. w. werden

ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pf. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt! M. Haupt, Dresden-A. Gneisenaustr. 6.

Für gefl. Beachtung!

Durch ein Versehen auf dem hiesigen Postamt hat sich die Zustellung der Nr. 40 der „Ameise“ an die Einzelbezieher derselben in unliebsamer Weise verzögert. Wir bitten daher unsere Mitglieder, die noch nicht im Besitze jener Nummer sein sollten, bei ihrem Briefträger oder an dem Schalter ihres Postamts die sofortige Nachsendung der Nummer 40 der Ameise, vom 30. September, zu verlangen unter der ausdrücklichen Betonung, daß diese Nummer noch zum 3. Quartal gehört.

Die Expedition der „Ameise.“

An die Einzelbezieher der Ameise!

Unseren Mitgliedern, denen die „Ameise“ offen (ohne Kreuzbandstreifen) durch die Post zugestellt wird, diene nochmals folgendes zur Kenntnis:

Jede Beschwerde wegen unpünktlichen Eintreffens des Blattes ist in erster Linie an den betreffenden Briefträger oder an den Schalterbeamten des zuständigen Postamts am Orte zu richten. Die Expedition kann gegen das Ausbleiben der durch die Post zugestellten Blätter nichts tun.

Bei einem Wohnungswechsel am Orte wollen die Einzelbezieher der Ameise die neue Wohnung sofort dem Postboten mitteilen, damit das Blatt an die neue Adresse gelangen kann.

Bei einem Wegzug vom Orte wollen die betreffenden Kollegen ebenfalls das Blatt sofort bei dem Briefträger abbestellen und ferner ihre neue Adresse möglichst bald an Gen. Karl Munt einsenden.

Expedition der „Ameise.“

Herausgegeben vom Verbands der Porzellan- und verwandten Arbeiter. — Verantwortlicher Redakteur: Fritz Bietz, Charlottenburg, Rosinenstraße 8. Druck u. Verlag: Otto Seiserl, Charlottenburg, Wallstr. 68

Rechnungs-Abschluß

der Hauptkassen des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter pro 3. Quartal 1904.

Einnahme	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fonds		Kautions- kasse		Ausgabe	Verbands- kasse		Organ- kasse		Beihilfe- fonds		Kautions- kasse		
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.		Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	
An Kassenbestand pro 2. Quartal 1904	87998	88	—	—	1677	80	1085	85	Per Aushilfe an die Zahlstellen .	7405	72	—	—	1987	48	—	—	
„ Einwendungen der Zahlstellen .	20831	72	3275	28	2837	42	—	—	„ Unterstützung an andere Ge- werkschaften	350	—	—	—	—	—	—	—	
„ Privatabonnements	—	—	186	47	—	—	—	—	„ Gerichts- und Rechtsanwalts- kosten	260	—	—	—	—	—	—	—	
„ Inserate	—	—	94	20	—	—	—	—	„ Unterstützung an den öster- reichsch. Verband zurückgez.	116	39	—	—	—	—	—	—	
„ Kautionen	—	—	—	—	—	—	629	64	„ Zuschüsse an die Organkasse .	422	60	—	—	—	—	—	—	
„ Zinsen	30	—	—	—	30	—	130	80	„ Beiträge an die Generalkom- mission	807	82	—	—	—	—	—	—	
„ Zurückgezahlte Rechtschutzkosten	100	—	—	—	—	—	—	—	„ Reisegelder und Diäten	179	55	—	—	—	—	—	—	
„ Zuschuß aus der Verbandskasse	—	—	422	60	—	—	—	—	„ Agitation	1128	—	—	—	—	—	—	—	
„ Sonstige Einnahmen	5	—	—	—	—	—	—	—	„ Verwaltungskosten pro 1904 .	—	—	—	—	—	—	—	—	
									„ Druckkosten der „Ameise“ . .	—	—	2795	—	—	—	—	—	
									„ Autorenhonorar	—	—	45	08	—	—	—	—	
									„ Zeitungsabonnement	—	—	25	48	—	—	—	—	
									„ Expeditionsporto	—	—	577	49	—	—	—	—	
									„ Kautionen	—	—	—	—	—	—	—	572	55
									„ Gekaufte Wertpapiere	37986	40	—	—	—	—	—	—	
									„ Gehälter	1950	—	500	—	—	—	—	—	
									„ Schreibhilfe	190	50	—	—	—	—	—	—	
									„ Sitzungsentuschädigung	189	05	—	—	—	—	—	—	
									„ Entschädigung der Revisoren .	9	70	—	—	—	—	—	—	
									„ Porto	263	72	11	53	—	—	—	—	
									„ Bureau-Utenfilien	20	75	—	—	—	—	—	—	
									„ Bureaubedarf und Material . .	132	75	—	—	—	—	—	—	
									„ Drucksachen	1282	20	—	—	—	—	—	—	
									„ Bureauante	118	75	—	—	—	—	—	—	
									„ Bureaureinigung	44	25	—	—	—	—	—	—	
									„ Heizung und Beleuchtung . . .	49	53	—	—	—	—	—	—	
									„ Versicherungsbeträge	89	56	20	52	—	—	—	—	
									„ Sonstige Ausgaben	—	—	3	50	—	—	—	—	
									Summa	52496	74	3978	55	1987	48	572	55	
									Saldo	6468	86	—	—	2557	29	1273	24	
Summa	58965	60	3978	55	4544	72	1845	79	Summa	58965	60	3978	55	4544	72	1845	79	

Gesamt-Vermögen	Verbandskasse		Organkasse		Beihilfefonds		Kautionskasse	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
3% Reichsanleihe	44000	—	—	—	2000	—	5000	—
3 1/2 % Reichsanleihe	—	—	—	—	—	—	2200	—
Darlehen an den Böhmisches Verband	6064	02	—	—	—	—	—	—
Kassenbestand der Hauptkassen	6468	86	—	—	2557	29	1273	24
Kassenbestand der Zahlstellen	5486	80	—	—	2455	36	—	—
Summa	62019	68	—	—	7012	65	8473	24

	Am Schluß des		Zugang	Abgang
	1. Quart. 1904	2. Quart. 1904		
Zahlstellen	140	144	4	—
Mitgliederzahl des Verbandes	7683	7698	15	—
Mitgliederbestand d. Beihilfefonds	1892	1876	—	16

Revidiert und für richtig befunden. Charlottenburg, den 30. September 1904.
 Charlottenburg, den 3. Oktober 1904. Wilhelm Herben,
 Max Bressen. Robert Mattner. Hermann Jacob. Verbandskassierer.

Rechnungs-Abschluß für den Streikfonds pro 3. Quartal 1904.

Einnahme	Mk.	Pf.	Ausgabe	Mk.	Pf.
An Einwendungen von den Zahlstellen	1585	08	Per Mehrausgabe vom II. Quartal 1904. .	7077	62
„ Einwendungen der Gewerkschaftskartelle	162	45			
„ Einwendungen der Zahlstellen von den Zen- tralverbänden	2	80			
„ Sonstige Einwendungen	99	85			
Summa	1849	68			
Mehrausgabe	5227	94			
Summa	7077	62	Summa	7077	62

Revidiert und für richtig befunden.
 Charlottenburg, den 3. Oktober 1904.
 Max Bressen. Robert Mattner. Hermann Jacob.

Charlottenburg, den 30. September 1904.
 Wilhelm Herben,
 Verbandskassierer.